Zeitschrift: Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Landesplanung

Band: 10 (1953)

Heft: 5

Artikel: Raumordnungsprobleme in den westlichen Niederlanden

Autor: Oyen, H.J.H. van

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-781761

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

H. J. H. van Oyen
Vizedirektor des Staatsamtes für Nationalplanung, Den Haag

Raumordnungsprobleme in den westlichen Niederlanden

Aus der Karte dürfte sich deutlich ergeben, dass sich die allgemein in den Niederlanden fühlbar werdenden Schwierigkeiten in bezug auf Bodenknappheit und Bevölkerungsdichte im westlichen Landesteil zuspitzen. Hier befinden sich auch die grössten Seehäfen sowie der Schwerpunkt der industriellen Entwicklung und des Handelsverkehrs. Allerhand Probleme häufen sich da an, die mit den genannten Schwierigkeiten zusammenhängen: Verkehrs- und Siedlungsfragen, Beanspruchung des besten Gartenbaulandes, Trinkwasserversorgung, Sandgewinnung, Erhaltung von Erholungsgebieten, militärische und bürgerliche Verteidigung. Der enge Raum und die Anhäufung von Menschen erschweren die diesbezüglichen Lösungen aufs schärfste. Wenn man fernerhin z. B. ins Auge fasst, dass eben hier der Boden grösstenteils tiefer als der Meeresspiegel liegt (was wesentliche Schwierigkeiten und z. B. mühselige Wasserbeseitigung und Bekämpfung der Versalzung hervorruft) und dass seine Beschaffenheit die Fundamentierung aller Bauten erschwert und kostspielig macht, so wird es nicht wundernehmen, dass die Landesregierung das Staatsamt für Nationalplanung beauftragte, in gemeinsamer Arbeit mit den Provinzialbehörden und den Gemeindebehörden der drei Großstädte Amsterdam, Rotterdam und Haag,

a) eine zusammenfassende Untersuchung anzustellen über die Probleme, welche die vorhandene und zu erwartende Entwicklung im Westen des Landes in Hinsicht auf die nationale Raumordnung hervorrufen;

b) Massnahmen zu beantragen, die auf Grund jener Untersuchung zu fördern wären und dabei baldmöglichst die Siedlungsgebiete «IJmond» (die Mündung des Nordseekanals, westlich von Amsterdam) und Haag hervorzuheben.

Der Regierungsauftrag ist datiert vom Jahre 1950; mit der Ausführung wurde sofort angefangen. Die allgemeine Arbeitsmethode ist die, dass die Vorbereitungen sich in einer technischen Arbeitsgruppe vollziehen, die unter dem Präsidium des Direktors des Staatsamtes, aus Vertretern (Direktoren und ihren Stellvertretern) der Provinzial-Planungsämter und der großstädtischen Planungsämter besteht. Die endgültigen Beratungen über allgemeine Fragen, über abzugebende Gutachten und zu erstattende Berichte finden statt in einem Arbeitsausschuss, der sich unter dem Präsidium des Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses im Rahmen des Staatsamts zusammensetzt aus Vertretern (gewöhnlich Beiräten) der Provinzial- und Gemeindebehörden und aus sachverständigen Mitgliedern des genannten Ständigen Ausschusses (Wasserwirtschaft und Verkehr, Wohnungs- und Siedlungswesen, Landwirtschaft, Nationalökonomie, Naturschutz). Auf diese Weise wird das Geltendmachen aller verschiedenen Interessen (Staat, Provinzen, Gemeinden, Fachgebiete) verbürgt.

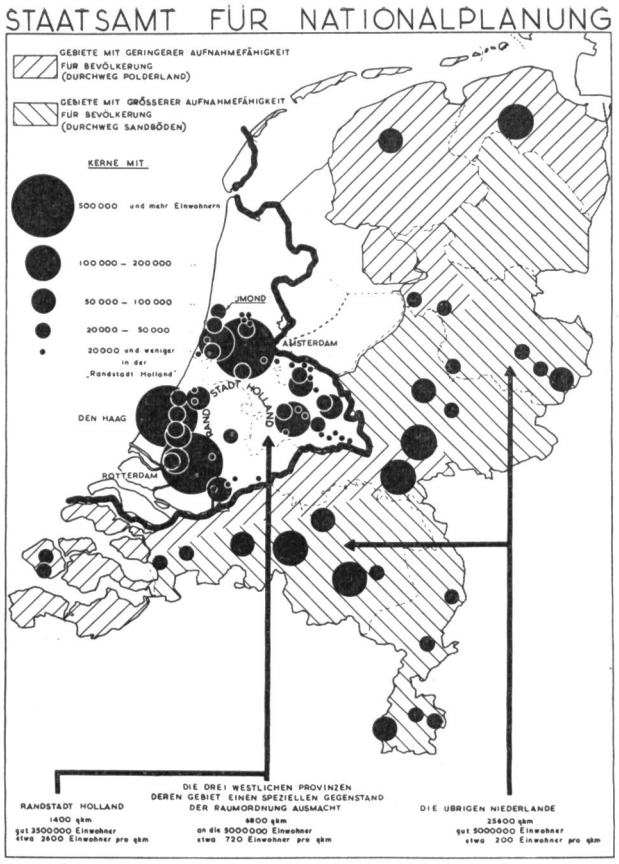

Abb. 1. Die Stadtlandschaft im Westen von Holland; Städteagglomerationen in Amsterdam, Rotterdam und Den Haag.

In Anbetracht der Dringlichkeit der unter b) genannten Teilprobleme musste man sich unverzüglich Rechenschaft geben über die Art und Weise, in der diese von der allgemeinen Problematik vorläufig losgelöst werden konnten, ohne den Zusammenhang des Ganzen zu schädigen. Es tat not, binnen absehbarer Frist begründete Entscheidungen vorzutragen in bezug auf die erwünschte Nutzung der dortigen, zu verschiedenen Zwecken stark beanspruchten Gelände.

Die Frage «IJmond» (siehe Karte) bildete zunächst den Gegenstand eingehenden Studiums. Das erregende Moment ist hier der bedeutende industrielle Aufschwung, den die überaus günstige Lage fördert und der den Prognosen nach die Bevölkerung des schon stark besiedelten Gebietes auf das vier- bis fünffache der jetzigen bringen wird. An erster Stelle bedarf die Industrie selbst der geeigneten Gelände für ihre Tätigkeit. Es kommt ferner darauf an, die richtigen Wohnsiedlungsgebiete zu bezeichnen, auch im Zusammenhang mit der schwierigen Verkehrslage (Seehäfen, der wichtige Kanal nach Amsterdam, der das Gebiet in zwei Teile trennt, Eisenbahnverbindungen, Autostrassen) und der Möglichkeit der Pendelwanderung. Die Wahl der geeigneten Gelände wird weiter eingeschränkt durch den wichtigen Gartenbau, der

sich nördlich des Kanals entwickelte. Die Dünengegend ist keineswegs unbeschränkt zu beanspruchen, da sie sowohl der Entwässerung als der Trinkwasserversorgung als der — in einem so stark besiedelten Gebiet keineswegs zu vernachlässigenden — Erholung dient.

Es gelang auch, dank der tätigen Mitarbeit der Provinz und der Fachstellen, binnen Jahresfrist einen Interimsbericht über diesen Gegenstand zu erstatten. Er enthält genau in den Hauptlinien markierte Empfehlungen zur Ausweisung des Bodens für verschiedene Zwecke, die eine Lösung der vielen schwierigen Fragen ermöglichen sollen. Die Regierung war damit einverstanden und stellte die Ergebnisse der Provinzialbehörde zur Verfügung, die diese zurzeit in einen Regionalplanentwurf verarbeiten lässt. Weitere Detaillierung steht dann den Erweiterungs- und Nutzungsplänen zu.

Aehnlich verlief die Untersuchung über die Haager Agglomeration, auf Grund welcher im Sommer 1952 der erste Teil eines Interimsberichts eingereicht werden konnte. Die vorgeschlagenen Lösungen werden jetzt von der Regierung erwogen. Sie beziehen sich u. a. auf bestimmte Streitpunkte, über welche die Provinz und die Gemeinde sich nicht einigen konnten. Eine besonders wichtige Frage bildet hier die Abgrenzung der städtischen Bebauung in südwestlicher Richtung, wo diese an das mit Treibhäusern besetzte hochwertige Gartenbauland stösst. Die Lokalisierung der wegen Kriegsbeschädigung und Wohnungsnot zu beschleunigenden Stadterweiterung wird weiter erschwert durch heikle Verkehrsfragen, durch die Notwendigkeit, dem teilweise schon erfolgten Zusammenwachsen der Baukerne zu steuern, durch die erforderliche Erhaltung eines Grüngürtels im Zusammenhang auch mit der Funktion der Stadt als Residenz, Regierungssitz und Erholungsort. Die Strand- und Dünengelände werden sonst als Trinkwasserversorgungsgebiete und Militärübungsterrain beansprucht. Fragen der zulässigen und erwünschten Bebauungsdichte und Stockwerkzahl und der Revision der Gemeindegrenzen spielen, wie auch im Fall «IJmond», eine wichtige Rolle.

Selbstverständlich konnte eine endgültigere Bestimmung der künftigen Funktion der Stadt im Interimsbericht noch nicht vorgenommen werden; diese wird erst genauer studiert werden können im Rahmen der jetzt angefangenen allgemeinen Untersuchung. Allerdings bieten beide Interimsberichte der späteren vollständigen Funktionsanalyse schon Anhaltspunkte.

Die allgemeine Untersuchung wird sich, auch zur Vereinfachung der statistischen Bearbeitung, befassen mit dem Gebiet der Provinzen Nordholland, Südholland und Utrecht (auf der Karte durch eine schwere Linie umgrenzt). Der Kern dieses Gebiets, die sogenannte «Randstadt Holland» (siehe Karte), bildet den Schwerpunkt der Probleme und wird denn auch besonders beachtet werden müssen.

Die Bestandesaufnahme hat schon angefangen und das dazu erforderliche Material steht teilweise zur Verfügung. So wurde eine Karte über die Bodennutzung angefertigt, die in der Hauptsache unterscheidet nach verschiedenen Formen agrarischer Nutzung, den wichtigsten Bebauungsweisen, Handels- und Industriegeländen, Militärgeländen, Wassereinzugsgebieten, sozialen Anstalten, Parks, Anlagen, Sport- und Spielplätzen und anderen Erholungszwecken. Andere Karten in bezug auf die funktionelle Bedeutung der Land- und Wasserstrassen, die Frequenz der Bahn-, Kraftwagen- und übrigen Verbindungen (auch zur Bestimmung der Einflussgebiete grösserer Zentren) und die vorhandenen kommunalen und regionalen Planungen werden folgen. Ferner wird die Bodenkartierung vervollständigt werden und man erwägt die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Kartierung in bezug auf die Tragfähigkeit des Bodens.

Die analysierende Arbeit, die naturgemäss einer Synthese vorangehen muss, wird umfassen:

Die Funktionen des Westens im Vergleich mit denen der Niederlande als Ganzes, sowie die Zerlegung dieser Funktionen nach geographischen Regionen des Westens und nach Fachgebieten (z. B. Handel, Industrie, Verkehr, Landwirtschaft, Fischerei, Tourismus, Bank- und Versicherungswesen, Verwaltung, soziale, kulturelle und administrative Zweige);

die demographischen Faktoren;

die Pendelwanderung.

Danach werden zunächst die Prognosen festgehalten werden müssen, die in Hinsicht auf die funktionelle und demographische Entwicklung des Westens vorliegen, falls die heutigen Tendenzen andauern sollten. Diese Prognose hat man dann zu prüfen auf das zu erstrebende Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Teilen des Westens und zwischen dem Westen als Ganzes mit dem übrigen Teil der Niederlande. Die zu erwartende Entwicklung wird auch geprüft werden müssen darauf hin, was der Westen selbst, in Hinsicht sowohl auf die Raumordnung als auch auf die wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und militärischen Momente, für möglich, erwünscht und notwendig erachtet, sowie auf die als erwünscht und möglich anzusehende Entwicklung der Niederlande als Ganzes, sofern diese sich, auch in internationalem Zusammenhang, erkennen lässt.

Theoretisch kann man sich denken, dass die «natürliche» Entwicklung im Westen (d. h. entsprechend den heutigen Tendenzen) diese Prüfungen bestehen könnte. Wahrscheinlich ist dies jedoch nicht; es ist eher anzunehmen, dass ziemlich weitgreifende Massnahmen nötig sein werden. An erster Stelle denkt man dabei an zweckmässige Raumplanungen, aber es unterliegt wohl keinem Zweifel, dass auch Verwaltungs- und organisatorische Faktoren dabei in Betracht kommen.

Diese Massnahmen zu beantragen, wird den letzten und schwierigsten Teil einer Untersuchung ausmachen, deren vorläufige Fortschritte im obigen geschildert wurden. Es wird, in Anbetracht der Vielfältigkeit und Verwickeltheit des Stoffes, einleuchten, dass diese kurze und mangelhafte Schilderung nur als ein sehr bescheidener Versuch zur Einführung anzusehen ist.